

Dienstgrad Vorname Name  
Personalnummer  
Dienststelle

Bescheid ausstellende Behörde

### **Altersdiskriminierende Besoldung**

Mein Antrag/Widerspruch vom  
Ihr Schreiben/Bescheid vom  
Aktenzeichen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den oben bezeichneten Bescheid, der mir am.....zugegangen ist,  
erhebe ich hiermit fristgerecht Widerspruch.

#### Begründung:

Entgegen Ihren Ausführungen ist die Problematik der altersdiskriminierenden Besoldung noch nicht abschließend geklärt.

Insbesondere der Zeitpunkt der hinreichenden objektiven Klärung der Rechtslage und damit das für die Rechtzeitigkeit der Geltendmachung von Ansprüchen maßgebliche Element, ist in der Judikatur nach wie vor umstritten.

Auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 08.09.2011 zum Bundesangestelltentarifvertrag, bedurfte es zunächst der Klärung der Frage, ob dieses auf die vom Dienstherrn als Alimentation geschuldete Beamtenversorgung übertragbar war. Daher hatte das Verwaltungsgericht Berlin dem Europäischen Gerichtshof durch seine Vorlagebeschlüsse vom 13.11.2012 (7 K 215/12 und 7 K 323.12) insbesondere um Klärung gebeten, ob die Richtlinie 2000/78/EG auch nationale Normen über die Besoldung der Beamten erfasst bzw. ob die Regelungen betreffend die Festsetzung und die Rechtsfolgen des Besoldungsdienstalters für die Höhe des Grundgehalts eine Benachteiligung wegen des Lebensalters bedingen und wie eine etwaige Benachteiligung auszugleichen wäre sowie in welchem zeitlichen Rahmen etwaige Ausgleichsansprüche geltend zu machen wären.

Diese Fragen wurden also erst durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19.06.2014 höchstrichterlich geklärt.

**Diese Auffassung vertritt auch das OVG Saarlouis in seiner Entscheidung vom 06.08.2015, 1 A 290/14.**

Demgemäß ist für den Zeitpunkt der Kenntnis von der Benachteiligung auf die Verkündung des Urteils vom 19.06.2014 abzustellen. Die Geltendmachung meiner Ansprüche erfolgte daher fristgerecht.

**Gegen die Entscheidung des OVG ist die Revision zugelassen, so dass sich das Bundesverwaltungsgericht wird erneut mit dieser Problematik befassen müssen.**

Vor diesem Hintergrund beantrage ich, das hier laufende Verfahren erneut auszusetzen bzw. ruhend zu stellen. Da nicht absehbar ist, wann eine erneute Entscheidung des BVerwG ergeht, darf ich weiter darum bitten, dass Sie mir gegenüber erneut auf die Einrede der Verjährung verzichten.

Ich bitte um schriftliche Bestätigung der oben vorgeschlagenen Vorgehensweise.

Mit freundlichen Grüßen

---

Unterschrift

Ort, Datum